

Lauterbach

„Wir prüfen eine Entbudgetierung auch für andere Arztgruppen“

Bundesgesundheitsminister Lauterbach hat den niedergelassenen Ärztinnen und Ärzten in seiner Eröffnungsrede zum Ärztetag weitere Entbudgetierungen in Aussicht gestellt. Er werde dies prüfen. Auch Steuervorteile, um Ärzte länger im Beruf zu halten, seien denkbar. Nur bei einem Thema gab es die üblichen Phrasen des Ministers.



©änd

Lauterbach: „Die Reformen sind notwendig, sind aber noch nicht fertig.“

Als „ersten wichtigen Schritt in die Entbudgetierung“ bezeichnete Karl Lauterbach das Gesundheitsversorgungsstärkungsgesetz (GVSG) am Dienstag während der Eröffnungsfeier zum 128. Deutschen Ärztetag in Mainz. Er kündigte an: „Wir werden das auch für andere Arztgruppen prüfen, aber es ist wichtig, dass wir hier einen ersten mutigen Schritt gehen. Den habe ich Ihnen zugesagt.“

Außerdem wolle man mit dem GVSG aus der Quartalslogik und der Systematik der Verdünnerscheine ausbrechen. „Wir brauchen da mehr Freiheit für die Hausärzte.“ Diese müssten selbst entscheiden, „welche Patienten sind unbedingt zu sehen, wen muss ich einbestellen? Für diese Patienten muss ich dann auch mehr Zeit haben“, so der Minister in seiner Rede.

Das werde aber nur gelingen, „wenn wir ein freiheitliches, ein liberaleres, ein großzügigeres Vergütungssystem einführen“, verwies Lauterbach auf die geplante Jahrespauschale. Künftig solle die Freiheit des Arztes im Vordergrund stehen, selbst zu entscheiden, wie oft er einen Patienten sehen muss. Dies dürfe nicht von der Quartalslogik und der Abrechnungspauschale diktiert werden.

Schärfere Regeln für iMVZ sollen kommen

Auch die Regeln für die Investoren-MVZ wolle er verschärfen. Dies steht bislang allerdings nicht im Referentenentwurf zum GVSG. Lauterbach: „Wir wünschen keine Rosinenpickerei, wir wünschen keine Gewinnmacherei mit Investoren betriebenen medizinischen Versorgungszentren.“ Diese Art der Profitgier passe nicht in unser Gesundheitssystem. „Es würde keinen Sinn machen, dass wir in den Krankenhäusern entökonomisieren und lassen solche Zustände, die sich derzeit in der Praxis entwickeln, erst kommen. Das werden wir verhindern. Da stehen wir an Ihrer Seite“, versprach der Minister.

Bei der Digitalisierung versprach Lauterbach ebenfalls Besserung: Die ePA für alle werde kommen. Man wolle darauf achten, dass die Befüllung der elektronischen Patientenakte „aus dem Routinebetrieb der PVS“ komme. Er sei dazu mit den PVS-Herstellern im Dialog. „Wir können es uns nicht länger leisten, dass wir solche wichtigen Entscheidungen der Digitalisierung im Prinzip technisch durchführen, ohne dass wir den Sachverstand von der Praxis, ohne dass wir die Erfahrungen aus der Praxis eng mit einbeziehen.“

Lauterbach sauer über Art der Ärzteproteste

Auch auf die Proteste von Ärztinnen und Ärzten vor Beginn des Ärztetags ging Lauterbach ein. Der Ton in den Reden dort sei zum Teil „nicht ganz so nett“ gewesen. Er habe mit den Leuten ins Gespräch kommen wollen. Dies hätten diese abgelehnt. „Meine Rede wollte man nicht hören. Wir können es uns aber nicht leisten, nicht miteinander zu reden“, betonte Lauterbach. Man sei aktuell in einer kritischen Phase. „Diese Reformen sind notwendig, sind aber noch nicht fertig“, sagte Lauterbach. Umso wichtiger sei es, dazu im Dialog zu bleiben.

Sein Ministerium werde deshalb weiter in Kontakt mit der Kassenärztlichen Bundesvereinigung und der Bundesärztekammer bleiben. „Ich könnte mir da mehr vorstellen“, so Lauterbach. „Wir werden auch darüber reden, wie wir die Hybrid-DRGs noch weiter ausbauen können.“ Der Minister bekräftigte zudem sein Vorhaben, eine Art Hybrid-Arzt zu entwickeln. „Wir müssen darüber reden, wie wir die Ärzte besser einsetzen, dass man sich nicht entscheiden muss, Krankenhausarzt oder Vertragsarzt zu sein, wir brauchen so eine Art Hybrid-Arzt, der sich in beiden Systemen zu Hause fühlt.“

Und zum Schluss: die GOÄ

Es brauche unbürokratische Lösungen – auch in der Frage, „wie wir ältere Ärztinnen und Ärzte im Beruf halten“. Dabei wolle man auch die Vorschläge von BÄK-Präsident Dr. Klaus Reinhardt prüfen. Dieser hatte Steuervorteile für Ärzte gefordert, um sie angesichts des Ärztemangels zur Weiterarbeit im Rentenalter zu bewegen.

Zum Schluss seiner Rede ging Lauterbach auch noch auf die noch immer ausstehende Reform der GOÄ ein: „Diesmal bekomme ich keine elektronische Version, ich kriege auch keine gebundene Version, nicht in Goldschnitt oder ähnlichem“, sagte er mit Verweis auf den Ärztetag vor zwei Jahren in Bremen, als BÄK-Präsident Reinhardt ihm die mit der PKV ausgearbeitete GOÄ-Version überreicht hatte. „Ich kann Ihnen an dieser Stelle sagen, das Thema ist bei uns angekommen. Ich habe Ihnen ja auch bei anderer Gelegenheit bereits eine wohlwollende Prüfung zugesagt. Das werden wir machen.“

07.05.2024 13:10, Autor: mm, © änd Ärztenachrichtendienst Verlags-AG

Quelle: <https://www.aend.de/article/228766>